

Statement zu dem „Marsch für das Leben“ und zu den Positionen von „What the Fuck“

Am Samstag, den 22.9. findet in Berlin wieder einmal der so genannte „Marsch für das Leben“ statt, eine Demonstration gegen Schwangerschaftsabbrüche.

Die Argumentation von Abtreibungsgegner_innen ist eigentlich simpel. Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass es falsch ist, Menschen zu töten. Diese Annahme würden nur wenige Personen bestreiten. Aus der Annahme wird nun abgeleitet, dass Abtreibung unmoralisch sei. Schließlich wird bei einer Abtreibung ein menschliches Wesen getötet.

Diese Position blendet geschickt aus, dass Föten bis zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Schwangerschaft kein Bewusstsein haben. Es kann angenommen werden, dass bis zur 20. Schwangerschaftswoche kein Eigeninteresse und damit kein Recht auf Überleben besteht. Daher sind sogenannte „Frühe“ Schwangerschaftsabbrüche moralisch zu rechtfertigen. Als Feminist_innen schenken wir in unserer Bewertung von Abtreibungen vor allem den Interessen der schwangeren Person Beachtung und den Effekten, den eine ungewollte Schwangerschaft auf das Leben von Frauen und anderen gebärfähigen Menschen [1] hat. Abtreibungsgegner_innen jedoch tendieren dazu, die Situation nur aus Sicht des Fötus zu betrachten. Die Abtreibungsgegner_innen verlieren dabei die Perspektive der schwangeren Person fast vollständig aus dem Blick. Nehmen wir an, Embryos und Föten hätten tatsächlich Interessen, so muss dies kein endgültiges Argument sein. Die möglichen Interessen und Rechte könnten dennoch gegen die der schwangeren Person abgewogen werden.

Es gibt eine zweite Möglichkeit aus feministischer Perspektive für die Legitimität von Schwangerschaftsabbrüchen zu argumentieren. Nämlich, dass schwangere Personen keine Pflicht haben, schwanger zu bleiben. Frauen und andere gebärfähige Personen haben ein Recht auf körperliche Selbstbestimmung. Und das ist stärker zu gewichten, als das Recht eines Fötus auf die Austragung der Schwangerschaft. Uns erscheint es unzumutbar, dass eine Schwangerschaft gegen den Willen einer schwangeren Person ausgetragen werden soll. Diese ist mit vielen körperlichen sowie psychischen Belastungen und Einschränkungen verbunden. Zudem sollten Frauen und andere gebärfähige Personen selbst darüber entscheiden können, ob und wann sie Kinder haben möchten. Die Forderung, die Schwangerschaft nicht zu beenden, ist gewichtiger als die Aufforderung, etwas zu unterlassen. Ein Abtreibungsverbot beinhaltet vielmehr die Aufforderung, seinen Körper neun Monate lang einem anderen Lebewesen zur Verfügung zu stellen und alle möglichen Einschränkungen hinzunehmen. Und das gegen den eigenen Willen. Entscheidend ist die körperliche Abhängigkeit des Embryo oder Fötus von der schwangeren Person. Diesen Aspekt versuchen wir als Feminist_innen auch mit dem Slogan „Mein Bauch gehört mir“ zu veranschaulichen.

Ein Verbot von Abtreibungen beinhaltet also nicht nur die Forderung, den Embryo oder Fötus nicht zu töten. Sondern es hat auch das Austragen des Ungeborenen und in den meisten Fällen die jahrelange Betreuung des geborenen Kindes zur Folge. Abtreibungsverbot und Gebärzwang sind so gesehen nur die zwei Seiten der gleichen Medaille. Mutter/Vater/Eltern zu werden, ist eine sehr einschneidende Veränderung im Leben von Menschen und somit auch eine wichtige Entscheidung. Ein Kind zu bekommen, bedeutet normalerweise für viele Jahre, die Verantwortung für einen Menschen zu übernehmen. Sich auf ein Kind einzustellen, kann bedeuten, dass die Person

gezwungen ist, alle seine Lebenspläne zu überdenken. Beispielsweise den Beruf aufzugeben oder einen Wohnortswechsel vorzunehmen.

Eine ungewollte Schwangerschaft ist für die Betroffene mit noch stärkeren Einschränkungen verbunden. Im Schwangerschaftskonflikt sind die realen Interessen der schwangeren Person immer höher zu gewichten, als potentielle Interessen des Fötus oder Embryo.

Auch ganz pragmatische Gründe sprechen für ein Recht auf Abtreibung. In Ländern, in denen Abtreibung per Gesetz verboten ist, sterben nach Schätzungen der WHO jährlich 47.000 Frauen und andere gebärfähige Menschen. Häufige Gründe dafür sind unsicher durchgeführte Abtreibungen oder der Versuch, die Schwangerschaft selbst zu beenden. Weitere fünf Millionen erleiden Folgeschäden. Auch aus diesem Grund halten wir ein Recht auf Abtreibung für wichtig.

Eine Schwangerschaft auszutragen oder abzubrechen, sollte schwangeren Personen selbst überlassen bleiben. Das sollte demnach auch für selektive Abtreibungen gelten. In diesem Punkt unterscheidet sich unsere Position somit entscheidend von der Position des „What the Fuck“-Bündnisses. Dieses Bündnis, welches auch Aktionen gegen den „Marsch für das Leben“ organisiert, spricht sich gegen selektive Abtreibung und Pränataldiagnostik aus. Bei der Pränataldiagnostik (PND) werden während der Schwangerschaft, sowohl Embryo als auch die schwangere Person untersucht. Diese Untersuchungen dienen der Erkennung einiger Krankheiten und Beeinträchtigungen [2]. Durch PND können natürlich nicht alle möglichen Krankheiten oder Beeinträchtigungen erkannt werden. Feststellen lassen sich zum Beispiel Trisomie 21, bzw. Down Syndrom und Spina Bifida. Wenn bei der Pränataldiagnostik erkannt wird, dass der Fötus als behindert gilt und die Schwangerschaft darauf abgebrochen wird, nennt man das selektiven Schwangerschaftsabbruch.

In ihrem Aufruf schreibt „What the Fuck“ folgendes zum Thema Selektion: „Wir kämpfen dafür, dass es keine Rolle spielt, ob ein Kind mit oder ohne Behinderungen auf die Welt kommt. Deshalb sind wir gegen Selektion durch pränatale Diagnostik.“

Es ist auch unser Ziel, dass es keine Rolle spielt, ob ein Kind mit oder ohne Behinderungen auf die Welt kommt. Wir leben aber aktuell in einer ableistischen Welt, also einer Welt in der Menschen mit Behinderungen mit Barrieren und Diskriminierung kämpfen müssen. Wir wollen dabei allerdings den Kampf gegen Ableismus nicht auf den Rücken von Frauen und anderen gebärfähigen Menschen austragen.

Für Eltern kann es nämlich durchaus einen Unterschied machen, ob sie ein von Behinderung betroffenes Kind großziehen oder ein nicht als behindert geltendes Kind. Der Bedarf an Zuwendung kann je nach Beeinträchtigung einen erheblichen Mehraufwand an Ressourcen wie z.B. Zeit und Geld erfordern. Von Armut betroffene Menschen können so in eine existenzbedrohende Lage gebracht werden. Gerade Carework (unbezahlte Arbeit bspw. Pflege und Haushaltstätigkeiten) bleibt in einer patriarchalen Gesellschaft immer noch häufig an Frauen* hängen. Daher halten wir die Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch aufgrund einer diagnostizierten Behinderung für genauso moralisch gerechtfertigt wie alle anderen Entscheidungen für einen Schwangerschaftsabbruch.

Wir sollten also den werdenden Eltern die Entscheidung für oder gegen selektive Abtreibung überlassen, weil sonst ein gesellschaftlicher Missstand, dass unsere Gesellschaft behindertenfeindlich ist, auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Gleichzeitig sollten Strukturen geschaffen werden, die mehr Menschen ermutigen, sich auch auf ein Kind mit Behinderung

einzulassen. Das könnte zum Beispiel bedeuten, bessere Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, aber auch mehr Inklusion/Teilhabe für Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft zu fördern. Es muss darum gehen, die sozialen Faktoren zu verändern, die Menschen mit Behinderung das Leben schwerer machen. Zusätzlich müssen werdende Eltern, die sich für ein Kind mit Behinderung entscheiden, in ihrer Entscheidung unterstützt werden. Gleichzeitig sollten wir die Entscheidung derjenigen respektieren, die sich nicht wünschen, ein Kind mit Behinderung groß zu ziehen. Sie haben häufig gute Gründe, was die eigene Lebensplanung betrifft. In einer Schweizer Studie wurden schwangere Personen dazu befragt, warum sie PND in Anspruch nehmen. Die Antworten drückten überwiegend die Sorge um die eigene Lebensplanung aus und keine behindertenfeindlichen Einstellungen. Die befragten Personen gaben beispielsweise an, sich beruflich weiter verwirklichen zu wollen und dabei keine Kapazitäten für die Versorgung eines Kindes mit Behinderung zu haben. Andere sorgten sich darum, dass ihre bereits vorhandenen Kinder mit einem Geschwisterchen mit Behinderung zu kurz kommen könnten.

„What the Fuck“ bezeichnet selektive Schwangerschaftsabbrüche als Diskriminierung von Menschen mit Behinderung. Aber an wen richtet sich dieser Vorwurf und wer ist von der Diskriminierung betroffen? Wird den schwangeren Personen, die sich für einen Abbruch entscheiden, vorgeworfen sich ableistisch zu verhalten? Oder dem Gesundheitssystem, das solche Abbrüche möglich macht? Und wer wird diskriminiert? Der abgetriebene Fötus? Oder fühlen sich andere Menschen mit Behinderung durch selektive Schwangerschaftsabbrüche diskriminiert?

Der Versuch beeinträchtigte Körper durch PND zu verhindern und die Ressourcen, die in die Entwicklung von PND-Methoden gesteckt wurden und werden, ist Ausdruck einer ableistischen Gesellschaft, in der behindertes Leben als weniger lebenswert angesehen wird. Dennoch ist PND weder per se ableistisch, noch sollte der Kampf gegen Ableismus auf Kosten derjenigen ausgetragen werden, die befürchten mit der Fürsorge für Kinder mit Behinderung überlastet zu sein oder sich aus anderen Gründen gegen ein Kind mit Behinderung entscheiden.

Dass Menschen mit Behinderung sich durch selektive Abtreibungen diskriminiert und sogar bedroht fühlen, stellt ein gewichtiges Argument gegen selektive Abtreibungen dar. Aber wird das Lebensrecht von Menschen mit Behinderung, durch selektive Abtreibungen in Frage gestellt? Ungleich behandelt wird in erster Linie der Fötus, der aufgrund einer Behinderung abgetrieben wird, nicht Kinder und Erwachsene mit Behinderung.

Selektive Abtreibungen lösen bei vielen Menschen mit Behinderung negative Gefühle aus. Und das trifft unabhängig davon zu, welche Motive schwangere Personen haben, wenn sie sich gegen ein Kind mit Behinderung entscheiden. Diese Tatsache sollten wir anerkennen und sie in ihrem Kampf für Inklusion und Abbau von Barrieren und Diskriminierung unterstützen.

Fraglich ist jedoch, ob das Gefühl diskriminiert zu werden gewichtiger ist, als die Interessen der werdenden Eltern. Die werdenden Eltern bzw. die schwangere Person sind in einem Schwangerschaftskonflikt immer am stärksten von der Entscheidung betroffen. Sie sind es, die ihr Leben mit einem Kind, ob mit oder ohne Behinderung, verbringen werden, sofern das Baby nicht zur Adaption frei gegeben wird. Wenn sich gegen selektive Abtreibung ausgesprochen wird, muss die schwangere Person gegen ihren Willen die Schwangerschaft fortsetzen und das Kind gebären.

Die Erfahrung von Diskriminierung findet auf einer abstrakteren gesellschaftlichen Ebene statt, durch das Wissen, dass es Menschen gibt, die sich aufgrund einer Behinderung dagegen entscheiden ein Kind auszutragen. Die Erfahrung der Diskriminierung bezieht sich eher auf Strukturen die

selektive Abtreibung befördern, als auf eine einzelne Entscheidung zur selektiven Abtreibung. Daher sollten auch nicht individuelle Entscheidungen, wie Schwangerschaftsabbrüche, kritisiert und verändert werden sondern die Strukturen, die diese bedingen. In Bezug auf Föten wegen selektiver Schwangerschaftsabbrüche von Diskriminierung zu sprechen, erscheint uns nicht sinnvoll.

Eine klassische feministische Position zu Schwangerschaftsabbruch, überlässt die Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft der schwangeren Person und vertraut darauf, dass diese für sich die richtige Entscheidung treffen wird. Wir sind der Ansicht, dass das auch für selektive Abbrüche gelten sollte.

Selektive Schwangerschaftsabbrüche für moralisch ungerechtfertigt zu erklären, scheint im Gegensatz zu dieser Grundannahme zu stehen. „What the Fuck“ versucht dieses Problem zu umgehen, indem sie sich gegen Pränataldiagnostik aussprechen. Wer nicht weiß, dass sein_ ihr Kind eine Behinderung haben wird, kann sich ja auch nicht gegen die Schwangerschaft entscheiden. Aber Eltern, die kein Kind mit Behinderung wollen, wollen es vielleicht auch nicht, wenn sie erst bei der Geburt von der Behinderung erfahren.

Wir glauben, dass es (auch abseits von der Möglichkeit zu Schwangerschaftsabbrüchen) gute Gründe für PND gibt. Werdende Eltern können sich informieren und auf ein Kind mit bestimmten Beeinträchtigungen einstellen und beispielsweise ein geeignetes Krankenhaus wählen, in dem das Neugeborene direkt medizinisch behandelt werden kann.

Interessant ist auch, dass von „What the Fuck“ unterstellt wird, dass sich schwangere Personen gerade bei selektiven Schwangerschaftsabbrüchen aufgrund von gesellschaftlichem Druck für einen Abbruch entscheiden würden. Gesellschaftlicher Druck wurde jedoch von betroffenen Personen in der Studie kaum als Grund genannt. Sofern es dennoch stimmt, dass Druck auf schwangere Personen ausgeübt wird, bei einem positiven Befund der PND die Schwangerschaft abzubrechen, ist das sicherlich problematisch. Beratungen nach der PND sollten also so neutral wie möglich sein und die Entscheidung für oder gegen eine selektive Abtreibung der schwangeren Person überlassen.

Dabei sollte der Eindruck vermieden werden, dass Behinderung an sich problematisch wäre. Vermeintliche Beeinträchtigungen sollten nicht im Fokus stehen, sondern es sollte ein Bild von Behinderung vermittelt werden, das den verschiedenen Wirklichkeiten gerecht wird. Zum anderen sollte auch über Hilfesysteme, Hilfsmittel und therapeutische Angebote aufgeklärt werden, so durch sie potentiell die Familie und das Kind unterstützt werden kann und durch sie potentiell die Autonomie des Kindes erweitert werden kann.

Die Interessen einer schwangeren Person können nur gewahrt werden, wenn sie sich nicht gedrängt fühlt, eine bestimmte Entscheidung zu treffen. Daraus lässt sich jedoch nicht schlussfolgern, dass selektive Abtreibungen immer problematisch sind. Sondern es lässt sich nur schlussfolgern, dass Schwangere gut informiert werden und frei entscheiden können sollten.

Zudem müssen wir auch bei allen anderen Schwangerschaftsabbrüchen davon ausgehen, dass die Entscheidung der betroffenen Person von gesellschaftlichen und familiären Bedingungen geprägt sind, was in der Pro-Choice Bewegung jedoch nur selten thematisiert wird. Das Gefühl einiger Menschen mit Behinderung, durch selektive Abtreibungen diskriminiert zu werden, liefert wohl ein Argument gegen selektive Abtreibungen. Die Interessen der werdenden Eltern haben jedoch mehr Gewicht, da sie stärker von der Entscheidung betroffen sind. Ihre Leben werden von der Entscheidung stärker geprägt und verändert. Damit bleibt selektive Abtreibung eine moralisch gerechtfertigte Entscheidung der schwangeren Person. Gleichzeitig sollten wir die Gefühle und

politischen Kämpfe von Menschen mit Behinderung nicht einfach übergehen. Es gibt Vieles, was abgesehen von selektiven Abtreibungen zu einer ableistischen Gesellschaft beiträgt. Und es gibt viele Ebenen auf denen Menschen mit Behinderung diskriminiert werden. Die meisten dieser Faktoren lassen sich beseitigen, ohne dass die Interessen einer anderen Person massiv beschnitten werden müssen, wie die Interessen der schwangeren Person im Fall eines Verbotes von selektiver Abtreibung. Wir sollten sehr viel mehr Energie darauf verwenden im hier und jetzt Barrieren abzuschaffen und ableistische Vorurteile zu überwinden.

Es gilt also auch der Leistungsgesellschaft und vermeintlichen Selbstoptimierung etwas entgegenzusetzen. Es gibt viele Menschen, die u.a. wegen ihrer Beeinträchtigung oder Krankheit durch diese gesellschaftlichen Zwänge ausgegrenzt werden. Sie geraten in der kapitalistischen Gesellschaft massiv unter Druck und werden u.a. in Bezug auf Einkommen und damit auch der Teilhabe benachteiligt. Denn Kapitalismus funktioniert auf Basis der Verwertung von Menschen und deren Leistung für Arbeit. Je mehr soziale, auch radikale, Verbesserungen erreicht werden können, desto weniger schwangere Personen werden sich vielleicht auch für eine selektive Abtreibung entscheiden. So kann auch dieser Form von Diskriminierung, sofern selektive Schwangerschaftsabbrüche als solche gesehen werden, etwas entgegengesetzt werden, ohne dabei die Interessen der schwangeren Person zu übergehen. Die Überwindung des Kapitalismus gehört für uns untrennbar zu einer inklusiven und emanzipatorischen Politik dazu.

Als (queer-)feministische Anarchist_innen denken wir, dass es eine Vielzahl von Gründen gibt, gegen den so genannten „Marsch für das Leben“ aktiv zu werden. Denn der „Marsch für das Leben“ ist nicht nur eine Ansammlung von konservativen und fundamentalistischen Christ_innen und Abtreibungsgegner_innen, auch Antifeminist_innen, Männerrechtler, offen rechte Personen und Menschen aus dem Umfeld von rassistischen Parteien sind bei dieser Veranstaltung vertreten. Wir wollen daher aus all diesen Gründen den „Marsch“ zusammen mit Euch stören, sabotieren und aufhalten. Dafür ist es wichtig, dass wir alle am 22. September ab 13 Uhr im Gebiet des Bundeskanzler_innenamtes zusammen kommen und uns kreativ und entschlossen den fundamentalistischen Abtreibungsgegner_innen entgegenstellen.

Für ein Recht auf Abtreibung – für feministische Anarchie!

Haben wir uns problematisch ausgedrückt oder fehlen für diesen Text wichtige ableismuskritische Perspektiven? Für entsprechende Hinweise, oder sonstige Reaktionen auf diesen Text, könnt ihr uns gerne unter glitzerkatapult@riseup.net kontaktieren und euch mit uns austauschen.

[1] Wir benutzen die Bezeichnung „schwängere Person“ oder „gebärfähige Person“ um zu verdeutlichen, dass nicht alle Personen, die schwanger werden können Frauen sind (trans Personen, Menschen die genderfluid oder nicht-binär sind) und auch nicht alle Frauen schwanger werden können (das gilt sowohl für manche cis-Frauen als auch für trans-Frauen).

[2] Behinderung beinhaltet für uns die soziale Dimension von Beeinträchtigungen. Wir benutzen den Begriff „Behinderung“, da es in diesem Kontext immer um die sozialen Folgen von Beeinträchtigungen geht. Weder ist für uns die Gruppe von Menschen mit Behinderungen homogen, noch bedeuten Beeinträchtigungen immer einen (erhöhten) Betreuungs- oder gar Pflegebedarf.

Variationen als Defizit zu bewerten, ist nicht nur in Hinblick auf Beeinträchtigungen das Fundament für Diskriminierung.